

ÄRZTLICHE VERSORGUNG BLEIBT AUF DER TAGESORDNUNG

Die ärztliche Versorgung im Schwalm-Eder-Kreis bleibt als eins der wichtigsten Themen auf der Tagesordnung des

Ergebnisse sich zwischenzeitlich aus dem Beschluss des Kreistags zur „Sicherstellung der medizinischen Versorgung



pixabay / Antonio Corigliano

Kreistags. Mit der Genehmigung des Kreishaushalts durch den Regierungspräsidenten stehen für das wichtige Thema der ärztlichen Versorgung 200.000 € in diesem Jahr sowie im nächsten Jahr zur Verfügung. Sie sind gedacht für die Unterstützung von lokalen Initiativen von Kommunen und Ärzten zur Verbesserung der Versorgung. Hierzu zählen vor allem neue Praxiskonzepte, die notwendige fachliche bzw. juristische Beratung, neue zielführende Fort- und Weiterbildungsangebote für das Personal, wie zum Beispiel die Ausbildung nichtärztlicher Praxisassistenten sowie die Einbeziehung von Telemedizin.

In der nächsten Kreistagssitzung fordern wir den Kreis Ausschuss auf, zu berichten, welche

– Hausarztmangel“ vom 05. März 2018 ergeben haben.

Der Kreistag hatte unter anderem die Kassenärztliche Vereinigung Hessen aufgefordert, regionale und lokale Initiativen zur Sicherstellung der medizinischen Versorgung zu unterstützen, hierbei immer wieder auftretende Problem- bzw. Fragestellungen grundsätzlich zu klären sowie Weiterbildungsverbände zu unterstützen. Weiterhin wurde die Hessische Landesregierung aufgefordert, unverzüglich eine Landarztquote einzuführen und für mehr Anschlussstudienplätze im zweiten Teil des Studiums (klinische Semester) zu sorgen.



Foto: Götz Schleser

IN EIGENER SACHE

Nach dem Ende der Sommerpause befasst sich die vorliegende neue Ausgabe des Rundbriefs der Kreistagsfraktion schwerpunktmäßig mit der nächsten Sitzung des Kreistages am 03. September 2018.

In den Gesprächen, die ich in der Sommerpause mit Kommunalpolitikern vor Ort zum Beispiel in Malsfeld oder Wabern geführt habe, zeigt sich das das Thema ärztliche Versorgung weiterhin von großer Bedeutung ist. Wir wollen dies in der nächsten Sitzung wieder thematisieren. Auch das Thema Kinderbetreuung bleibt bei uns im Fokus. Die vollständige Gebührenbefreiung muss kommen.

Viel Spaß beim Lesen.
Ihr/Euer

Kinderbetreuung

KEINE HALBEN SACHEN BEI DER BEITRAGSFREIHEIT

Nachdem der Kreistag in seiner Sitzung am 04.09.2017 sich bereits mehrheitlich für eine vollständige Gebührenfreiheit der Betreuung in Kindertagesstätten und die finanzielle Entlastung der Kommunen und der freien Träger ausgesprochen hat, zeigt sich mit Beginn des neuen Kindergar-

als reine Betreuungseinrichtungen. Dort findet frühkindliche Bildung statt, Kinder erwerben Wissen sowie Kenntnisse und lernen den sozialen Umgang miteinander.

Die Gebührenbefreiung setzt eine deutlich stärkere Kostenbeteiligung des Landes voraus.

schwarzgrüne Kita-Gesetz an Gebühren entsteht, in vielen Fällen nicht aus.

Hinzu kommt, dass die Hälfte der „Entschädigung“ aus dem Kommunalen Finanzausgleich genommen wird, das Geld fehlt den Kommunen an anderer Stelle. Deswegen müssen die Kommunen die neuen Belastungen auf anderem Weg ausgleichen - zum Beispiel durch kräftige Zuschläge bei der Betreuung über sechs Stunden oder durch eine Anhebung der Gebühren für die Betreuung der Unter-Dreijährigen. Am Ende zahlen doch wieder die Eltern für die angebliche Gebührenbefreiung. Schwarzgrün hat ein vermurkstes Gesetz gemacht, das eine Gebührenbefreiung nur antäuscht und den Kommunen neue Belastungen auferlegt. **Wir wollen, wie in unserem Antrag beschrieben, die Entlastung von Eltern und Kommunen.**



colourbox / Taras Yakovyn

ten-Jahres, dass die Variante der Landesregierung nur eine Mogelpackung ist.

Wir sehen in der frühkindlichen Bildung einen wichtigen Schlüssel zum Bildungserfolg eines Kindes. Der Zugang zu Bildung muss grundsätzlich kostenfrei sein, um Chancengleichheit sicherzustellen. Wir wissen, dass Gebühren eine Zugangsbarriere sind. Es geht uns deshalb um Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit. In keinem anderen Land ist der Bildungserfolg so abhängig vom Geldbeutel der Eltern, wie in Deutschland. Die Kitas sind heute viel mehr

Wir wollen neben der Abschaffung der Elternbeiträge auch den Landesanteil auf zwei Drittel der Gesamtkosten steigern. Damit würden gleichzeitig Kommunen und freie Träger deutlich entlastet.

Die aktuelle Lösung des Landes führt dazu, dass die Einnahmeausfälle bei den Kommunen deutlich höher sind als die vorgesehene Erstattung durch das Land. Die Höhe der Pauschale von 136,50 Euro pro Kind und Monat ist vollkommen willkürlich ermittelt und hat mit den Realitäten ebenfalls wenig zu tun. Die Pauschale gleicht den Einnahmeausfall, der den Kommunen durch das

Impressum
SPD-Kreistagsfraktion
Bahnhofstraße 36c
34582 Borken (Hessen)

05682/5341
spd-kreistagsfraktion-sek
@spd.de

Redaktion:
Günter Rudolph, MdL
Dr. Stephan Lanzke